

KREMSENER NACHRICHTEN

AK-Wahl
5. bis 18. Mai
GLB-Liste 7

Erscheinungsort, Verlagspostamt: 3500 Krems – Nr. 1-2009



VfGH setzt Knalleffekt bei Kremser Wassergebühren!

Ende 2004 berichteten wir unter dem Titel „Licht ins Dunkel beim Wasserwerk“ über die Aufdeckung der skandalösen Finanzgebarung der damaligen ÖVP/SPÖ Rathauskoalition rund um das Kremser Trinkwasser durch den Rechnungshof und den Schaden für alle Kremser. Jetzt geht dieses unrühmliche Kapitel der Kremser VP-SP-Stadtpolitik in eine neue Runde. In den Jahren 2004 bis 2007 wurden der Kremser Bevölkerung ca. 3 Millionen Euro über eine nicht gesetzeskonform ermittelte Wassergrundgebühr aus der Tasche gezogen! Soweit unser Bericht im Herbst 2008. **Am 5. März 2009 hat der Verfassungsgerichtshof (VfGH) die strittige Verordnung der Stadt Krems als gesetzwidrig aufgehoben!**

Sowohl der Rechnungshof als auch das Kontrollamt der Stadt Krems bemängeln seit langem die gesetzwidrige Festsetzung der Kremser Wassergebühr. KLS-GR Franz Kral hat von Beginn an dagegen gestimmt. Jetzt hat der VfGH als Höchstgericht die entsprechende Verordnung aus dem Jahr 2003 aufgehoben.

Auch jetzt noch versuchen ÖVP und SPÖ die bei der Verordnung begangenen Rechtsverletzungen zu leugnen und die Aufhebung lediglich auf einen Formalfehler zurückzuführen (ÖVP-VbGm. Derler im Kurier 20.4.09). Wir sehen dies als eine wiederholte ärgerliche Irreführung der Kremser Bevölkerung, denn der VfGH hat seine Bedenken in seinem Erkenntnis V 452/08-9 zu mehreren Punkten geäußert:

- 1.) Zur Berechnungsmethodik des Wasserpreises. Dabei wurden wie schon berichtet von ÖVP und SPÖ entgegen dem § 10 NÖ Gemeindewasserleitungsgesetz ca. 660.000 € Rücklagen in die Kalkulation aufgenommen, die man aber nie gebildet hat. Diese Rechtswidrigkeit diene ausschließlich dem Zweck die Bevölkerung höher belasten zu können!
- 2.) Der VfGH geht davon aus, dass schon der von ÖVP und SPÖ 2003 durchgepeitschte Gemeinderatsbeschluss nicht gesetzmäßig korrekt zustande gekommen ist.

Big korrekt zustande gekommen ist.

- 3.) Laut VfGH wurde die Wassergebührenverordnung 2003 nicht gesetzeskonform kundgemacht.

Da unsere Stadtverwaltung selbst „einräumte, es sei der Text des Gemeinderatsbeschlusses vom 17. September 2003 nicht durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht worden“, hat der VfGH die Verordnung zur Gänze aufgehoben.

Die gängige Praxis des VfGH ist es, bei Vorliegen eines nachgewiesenen Aufhebungsgrundes, diesen auszusprechen und alle anderen Be-

(Fortsetzung auf Seite 2)

**Wir zahlen nicht
für eure Krise!**

**Reichtum
besteuern
Banken
vergesellschaften**

EU- Wahl 7. Juni

**KPÖ - Europäische Linke
Menschen statt Profite**

www.kpoe.at

VfGH setzt Knalleffekt bei Kremser Wassergebühren!

(Fortsetzung von Seite 1)

denken nicht weiter zu beurteilen. In diesem Fall stellen die Höchstrichter sogar ausdrücklich fest, dass die von der Stadt gegenüber dem VfGH vortragene Rückäußerung „Bedenken des Verfassungsgerichtshofes **insgesamt bestätigt**“ hat.

Sowohl zum Zustandekommen, zur Berechnung der Gebührenhöhe sowie zur Kundmachung der Verordnung hatte der VfGH seine juristischen Bedenken. Wollen ÖVP und SPÖ mit der Ausrede „Formalfehler“ die Kremser Bevölkerung auf ihrem

Schaden von ca. 3 Millionen € sitzen lassen?

Dies ist reinste politische Arroganz und Verhöhnung der Bürger!

KLS-GR Franz Kral kämpft weiter für die Rückzahlung der überhöhten Wassergebühren. In den „Kremser Nachrichten“ werden wir weiter davon berichten!

Die Krise hat Krems voll erwischt!

Nachdem Eybl Krems mit der Insolvenz und mehreren hundert Kündigungen den Beginn setzte, kamen auch aus der Voestalpine Krems schlechte Meldungen. Bei Eybl International gibt es entgegen den jahrelangen Jubelmeldungen ein unrühmliches Ende unter dem slowenischen Prevent-Konzern. Prevent steckt laut Presseberichten selbst in Schwierigkeiten und der langjährige Prevent Vorstandsboss Meh ist vor kurzem zurückgetreten.

Bei der Voestalpine Krems versuchten der Kremser und Linzer Vorstand alles als harmloser zu präsentieren, als es in Wirklichkeit ist.

Waren noch vor wenigen Monaten über 800 Personen im Werk Krems beschäftigt, soll nun der Belegschaftsstand auf unter 500 gesenkt werden. Bis Dezember mussten 120 Leiharbeiter „gehen“ - einige von ihnen waren schon viele Jahre im Betrieb.

Danach hat man 65 Kündigungen bekannt gegeben, und mit weiteren ca. 120 älteren Mitarbeitern hat man einvernehmliche Lösungen getroffen, die eine mehrmonatige Arbeitslosigkeit vor dem Pensionsantritt bedeuten. Als der Vorstand der Belegschaft diese Maßnahmen bekannt gab, hatten viele eine ungeheure Wut im Bauch. Hatten sich doch kurz davor die 6 Voest-Vorstände 5,9 Millionen € Extrazahlungen genehmigen lassen. Die Angst vor der Kündigung hat aber jeden Protest gegen dieses Missverhältnis zunichte gemacht. Verärgert ist die Belegschaft auch, weil von Seiten der Betriebsräte, insbesondere von den Sozialistischen Gewerkschaftern, kein Protest gekommen ist. Man musste die Zähne zusammenbeißen und die Empörung hinunterschlucken. Die älteren Dienstnehmer

haben sich an die früheren GLB-Betriebsräte wie Steiner, Frühwirth, Schön, Moser oder Czerny erinnert, die einst das Werk durch ihren beherzten Kampf und Großdemonstration vor dem Bundeskanzleramt vor der Schließung gerettet haben. Kurz danach wurden auch Kurzarbeit und Personalabbau bei den Firmen im Kremser Chemiepark, bei Penn und bei Fischer in Herzogenburg angekündigt. Traditionsfirmen wie der Malerbetrieb Göls oder das Autohaus Starkl sind in Konkurs. Krems steht laut AMS eine Rekordarbeitslosigkeit von bis zu 3800 Arbeitslosen bevor.

Doch VP und SP zeigen sich für die Einhaltbarkeit des Stadtbudgets

optimistisch, obwohl die wichtige Einnahmequelle Kommunalsteuer durch die Arbeitslosigkeit wegbricht und die Sozialausgaben enorm steigen werden. Die Sorgen der tausenden neuen Arbeitslosen sind bei ihnen offenbar noch nicht angekommen.

Gerade in so harten Zeiten mit Rekordarbeitslosigkeit und verstärktem Druck der Arbeitgeber ist statt Sozialpartnerpacketei eine konsequente Interessenvertretung in Gemeinde und Arbeiterkammer gefragt.

Daher mit ihrer Stimme für den Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB-Liste 7) bei den Arbeiterkammerwahlen die richtigen Konsequenzen ziehen!

Die Forderungen des



- **Beschäftigungsoffensive** durch Investitionen in Infrastruktur bei Nahverkehr, Umweltschutz, Wohn- und Schulbau!
- **Einkommensoffensive** durch einen Mindestlohn von 1.300 Euro und gesetzliche Einschränkung prekärer Arbeitsverhältnisse (geringfügige Beschäftigung, Werkverträge etc.) als Sozialdumping!
- **Bildungsoffensive** mit Gesamtschule, Verbesserung der Lehrlingsausbildung und Berufsbildung durch Einrichtung eines Berufsausbildungsfonds für lebenslanges Lernen!
- **Arbeitsplatzoffensive** durch Überstundenabbau zugunsten neuer Arbeitsplätze, echte Bekämpfung von Schwarzarbeitsfirmen, Durchsetzung der ewigen Gewerkschaftsforderung einer 35-Stunden-Woche!
- **Privatisierungsstopp!** Die Privatisierung von verstaatlichten Betrieben, Post, Bahn, Telekom und vielen Verwaltungsbereichen durch schwarz/blaue oder rot/schwarze Regierungen haben zehntausende Arbeitsplätze gekostet oder ehemals gerecht bezahlte in Billigjobs verwandelt. Jetzt verschenken Faymann und Pröll die AUA!
- **Gesundheitsoffensive!** Stopp den Selbstbehalten und dem Abbau von Pflegepersonal und Ärzten! Investition in die Vorsorgemedizin! Arbeit darf nicht krank machen!

*Für mehr soziale Gerechtigkeit, gesetzliche Mindestlöhne und bessere Bildungschancen bei der AKNÖ-Wahl im Mai 2009. Daher **GLB-Liste 7***



Was tun mit der eigenen Wut und Enttäuschung in der Krise?

Werte Leser!

Viel werden Sie in dieser Ausgabe über die aktuelle Weltwirtschaftskrise und ihre Ursachen lesen. Standpunkte die sie sicher so nirgends sonst in Medien finden werden. Wir bitten Sie, sich selbst zu fragen, was daran richtig ist.

GR Franz Kral

Seit Monaten hat die Krise das tägliche Leben von uns allen fest im Griff. Angst um den Arbeitsplatz bzw. Arbeitslosigkeit, schwere Verluste aus Finanzveranlagungen für die Pensionszeit bzw. bei der Haus- oder Wohnungsfinanzierung, Frust über geplante Arbeitszeiterhöhung ohne Gehaltsausgleich oder in Krems gesetzwidrig überhöhte Wassergebühren. Dabei staut sich doch einiges an Wut auf, oder?

Aber gegen wen soll sich die Wut richten? Auf den Chef, für den man jahrelang z.B. als Leiharbeiter geschuftet hat und der einem von Heute auf Morgen auf die Straße setzte, damit er fette Prämien und steuerfreie Bonuszahlungen kassieren konnte. Eventuell darf man wenn, man Glück hat, kurzarbeiten und weiß aber wegen des verringerten Einkommens nicht mehr wie man Kredit, Miete etc. bezahlen soll. Was macht man mit der Wut auf verlogene Politiker, auf die eigene Bank, weil die eigenen Rücklagen fürs Alter weg sind, da der Bank- / Finanzberater nur an seine fetten Provisionen dachte bzw. die von ihm verkauften Finanzprodukte und ihr Risiko selbst nicht verstanden hat.

Jahrelang hat man uns seitens der Medien und Politik aller Couleurs eingehämmert, es gibt nichts Besseres als den Kapitalismus. Da hat man die Chance auf Reichtum und Wohlstand. Jetzt sieht man, wer (Meinl etc) und wie Einzelne noch reicher geworden sind.

Munter wird von Politikern weiter vertuscht, z. B. der 5.000.000 € Skandal beim Kremser Bürgerspitalsfonds, dieser ist immer noch nicht aufgeklärt! Die Kremser ÖVP verweigert weiter die Nennung der Empfänger der überreichlichen Weinlieferungen oder die Untersuchung der Grundstückstransaktionen und sinnlosen Baumaßnahmen. Dies, obwohl Geschenkkannahme von Beamten und Politikern nach neuester Rechtsauslegung als Korruption gewertet wird! Wo bleibt der Rechtsstaat?

Den Spekulationsbanken wird mit 100 Milliarden geholfen, der Bürger, der bei Meinl oder Immofinanz durch Versagen der Finanzmarktaufsicht fast alles verloren hat, bekommt nichts. Die Vorstände von AUA, VOEST, ÖBB, u.s.w., bekommen Millionenabfertigungen und Prämien, die Mitarbeiter verlieren den Job.

Wut auf wen? Auf den Chef, die Bank, alle Parlamentsparteien, einzelne Politiker wie Kanzler Faymann oder Pröll als Finanzminister? Alle zusammen sind Teil des kapitalistischen Systems und dieses muss man verändern. Dazu bedarf es eines klaren Blicks ohne antikommunistischem Brett vor dem Kopf!

Unmutsgedanken von Kremser Bürgern!

Gleich drei weitere „offene Briefe“ mit massiven Unmutsäußerungen von Kremser Bürgergruppen wurden in den letzten Monaten in unserer Stadt in Umlauf gesetzt. In einem Brief beklagen die Anrainer des Campus West vom Philosophensteig, dass man ihnen allen Protesten zum Trotz diesen Monsterbau vor die vorher idyllisch gelegenen Einfamilienhäuser geklotzt hat.

Jetzt fürchten sie um ihren und ihrer Kinder Schlaf durch den Lärm der Schanigärten. Vom Zitat aus dem Stadtjournal 2/08 „städtebaulich interessante Projekte, deren positive Auswirkungen über die Stadtgrenzen hinaus der gesamten Region spürbar sein werden“ fühlen sie sich angesichts der tatsächlichen Situation vor Ort und der eklatanten Missachtung ihrer Anraineranliegen in den verschiedenen Verfahren mehr als verarscht!

Mit dem Titel „Unmutsgedanken“ sind gleich zwei Briefe überschrieben. Der erste vom bekannten Verein der Altstadtfreunde. Diese machen ihrem Unmut über die penetrante Untätigkeit gegenüber

Lärm, Dreck und Vandalismus durch die Besucher der Altstadtlokale Luft.

Ebenso beklagt man die fehlende Belebung der Unteren Landstrasse, die Gebührenpflicht für die Parkplätze in der Altstadt, die zu geringen neuen Parkmöglichkeiten im neuen BH-Bereich, den fehlenden Bebauungsplan für die Altstadt, den vermeintlich architektonisch störenden Bau des Generationenhauses. Angeprangert wird die generelle Linie der Stadtpolitik, fremde schwer bezahlte „Fachleute“ zu beschäftigen statt die „Fachleute vor Ort“, die Anrainer, mit einzubinden, was der Lebensqualität in der Stadt schadet.

Der zweite Brief mit „Unmutsgedanken“ stammt von der Interessengemeinschaft der Bewohner am Steindl / Langenloiserberg. Er beginnt mit dem Zitat von Bürgermeisterin Rinke nach der ÖVP Wahlschlappe bei der Nationalratswahl:

„Der Unmut der Bevölkerung hat uns voll erwischt. Es gilt nun diesen nicht noch weiter zu steigern“ (NÖN 40/2008). Dann beschreibt man, wie solcher Unmut entsteht. Wenn man

die Stadt unter Belastung der Umwelt zubetoniert obwohl viele Wohnungen leer stehen, und nicht berücksichtigt, wie viel Verkehr ein Wohngebiet verträgt, sondern Spekulanten zuliebe Großbauten genehmigt.

Lang ist die Liste der weiter aufgezählten Unmut erregenden Missstände z. B.: Bauten zu nahe am Hochwasserschutzgebiet oder bei abrutschgefährdeten Hängen, Architektursünden wie den runden Turm beim Campus West, Roden gesunder Bäume, Einkaufszentren am Stadtrand, die ein Aussterben der Innenstadt bewirken, fehlendes Verkehrskonzept, fehlender Bebauungsplan (der mit Initiativantrag von der Bevölkerung gefordert wurde, aber von der Politik niedergestimmt wurde), fehlender Baudirektor für Krems usw.

Leider finden solche offenen Briefe die den Bürgerunmut formulieren kaum Zugang zu den Lokalmedien. Schon gar nicht in das mit unserem Steuergeld finanzierte Stadtjournal, das eigentlich Diskussionsforum der Bürger sein sollte.





Mag. Wolfgang Mahrer

Lehrer-Mobbing statt Lösung der Schulprobleme!

Werte Leser!

Die Lehrer kennen die umfangreiche unbezahlte Verwaltungsmehrarbeit, die man ihnen in den letzten Jahren aufgebrummt hat. Eltern und andere Berufsgruppen wissen davon natürlich nichts. Jetzt sollten die Lehrer auf Befehl einer Bankmanagerin, die als SP – Unterrichtsministerin fuhrwerk, noch zwei, mit Vorbereitung, Korrekturen, Organisation usw. gesamt vier Stunden, unbezahlt arbeiten. Alles nur um ein seit langem kaputt gespartes Schulsystem zu retten.

So hatte VP-BM Gehrler die älteren Lehrer mit Druck hinaus pensioniert und die Klassenschülerzahlen erhöht um für das Budget zu sparen.

Jetzt wollte BM Schmied, mit der Manier eines Konzernbosses, unbezahlte Mehrarbeit anordnen um die lange mitgeschleppten bildungspolitischen Fehler aufzufangen. Sie versuchte nicht einmal die viele Millionen teure, aber uneffektive, Schulverwaltung zu straffen. Denn da könnten wichtige Posten für VP und SP-Parteibonzen verloren gehen.

Statt dessen startete SP-BM Schmied über die Medien eine in meinen Augen abstoßende Mobbing - Kampagne gegen die Lehrer. Mit dem Ergebnis, dass in einem vom Kurier teilweise veröffentlichten Elternbrief, Lehrer als Kreaturen bezeichnet wurden!

Den Lehrern warf man vor, keinen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten zu wollen. Am Ende der Verhandlungen ging es für beide Seiten nur mehr darum das Gesicht zu wahren. Der Verhandlungskompromiss bringt aber keinerlei Beitrag zu einer dringend benötigten Bildungsreform. Die Lehrer hat man sinnlos herausgefordert und gemobbt.

Dabei könnten die Parlamentsparteien locker selbst einen großen Beitrag zur Bewältigung der Finanzprobleme im Schulwesen leisten. Sie brauchen nur auf einen Teil der hunderten Millionen Euro an Parteienfinanzierung verzichten oder die Vermögenssteuern für Superreiche wiedereinführen!

Die Lehrer, weil im Volk eher unbeliebt, sind aber die ideale Vorhut für längere Arbeitszeiten der gesamten Beamtschaft und später aller Arbeitnehmer. Der Kurier bezeichnete den Lehrerstreit richtig als Verteilungskampf. In diesem Verteilungskampf wurde die Berufsgruppe der Lehrer von SP-BM Schmied und der Regierung, bewusst gegen andere Berufsgruppen ausgespielt. Das Großkapital hat seinen Verteilungskampf mit der Abschaffung aller Vermögenssteuern schon längst gewonnen. Der „Kleine Mann“ soll jetzt für die Ausfälle gerade stehen und die ungeliebten Lehrer sollten die Ersten sein.

Gegen wen können Lehrer ihren berechtigten Ärger richten? Auf Gehrler, Schmied, Faymann oder Pröll oder auf die Medien? Zusammen bilden Alle unser politisches System. Um dieses im Interesse der Schule zu verändern müssen aber die Lehrer selbst, neue sach- statt parteipolitisch orientierte Kräfte als Personalvertreter wählen! Nur so wird eine zukunftsfähige Schulreform unter Einbeziehung von Lehrern, Eltern und Schülern, gelingen.

Freundliche Grüße

Eybl Krems – ein Beispiel für negative Privatisierungsfolgen!

Jetzt in der aktuellen die Wirtschaftskrise mit stark steigender Arbeitslosigkeit. Es geht Schlag auf Schlag. Als erste kommt insbesondere die Auto- und Zulieferbranche in Bedrängnis.

Damit wird auch Eybl International in Krems ein spätes Privatisierungsopfer. Nach dem Abwirtschaften durch die Eigentümerfamilie Dr. Wilhelm in den späten 70er Jahren wurde Eybl von der staatlichen Bank ÖCI nach einem stillen Ausgleich

gen und verkaufte 1998 die Eybl-Werke. Das automobiler Herzstück der Gruppe, das Werk Ebergassing, landete bei Magna, der Rest mit dem Werk Krems wurde über die Börse gewinnbringend verkauft. Dass dieser Rest nicht wirklich die Größe für ein Börsenunternehmen hatte, war bei dem kurzfristigen Gewinnendenken der Banker unerheblich. Seit Jahren gab es immer wieder Jubelmeldungen, die letztlich von Hiobsbotschaften ad absurdum

alles schöngeredet, bis es krachte? Die neoliberale Realität hat Eybl immer wieder eingeholt. Jetzt haben wieder einmal hunderte gekündigte Eybl-Mitarbeiter die Rechnung für die Bankgewinne bei der Privatisierung bitter bezahlt.

Beim Verschleudern (Privatisieren) öffentlicher und staatlicher Betriebe durch die vergangenen SPÖ- und ÖVP-Regierungen haben in den letzten 20 Jahren zehntausende Arbeitnehmer den Arbeitsplatz verloren (neben Eybl zuletzt auch bei Glanzstoff St. Pölten) oder werden wesentlich schlechter entlohnt. Dafür ist aber der Reichtum der Wirtschaftsbosse um ein Vielfaches gestiegen.

Wie sagt Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und Träger des alternativen Nobelpreises im brandaktuellen österreichischen Film „Let's make money“?

„Privatisierung kommt von private, ein lateinisches Wort mit der Bedeutung ‚berauben‘. Wenn nun eine Privatisierung statt findet, dann werden Gemeinschaftsgüter von privaten Interessenten aufgekauft – oder sogar verschenkt ... und das ist nichts anderes, als eine Beraubung der Gemeinschaft.“

Bei der Arbeiterkammerwahl vom 5. bis 18. Mai haben Sie als Wähler die Möglichkeit, für soziale Sicherheit und gegen Privatisierung zu stimmen!

Die starke Stimme für die Rechte der Arbeitnehmer!



weitergeführt und saniert. Das neue Werk in Krems war mit ein solider Grundstein für die Zukunft. Als dann das ÖCI privatisiert wurde und letztlich bei der „Erste Bank“ landete, wollte man den für das ÖCI bezahlten Preis schnellstens hereinbrin-

geführt wurden. Haben die Manager glücklos versucht dem Preisdiktat der riesigen Auto- und Zulieferkonzerne zu trotzen, oder hatten sie auch von Finanzen bzw. vom Automobilzuliefermarkt zu wenig Ahnung? Und warum wurde so lange

 **Sag's mit Deiner Stimme.**
In NÖ von 5. bis 18. Mai
GLB-Liste 7



FPÖ-GR Rosenkranz Burschenschaft prämiiert „volkstreuere Aktivitäten“

GR Kral bringt die Parla-mentsdiskussion über Neo-nazikontakte der Studenten-verbinding von FPÖ-GR Rosenkranz im Gemeinderat zur Sprache!

„Dieser Mann sollte nicht über Gefühle reden – er hat keine!“ so Dr. Walter Rosenkranz von der FPÖ in seiner Wortmeldung zu KLS-GR Franz Kral.

Worauf GR Kral seinen Gemeinderatskollegen per Zwischenruf zur Rede stellte.

GR Kral griff Medienberichte (Kurier 25. 2. 2009) auf, die wenige Stunden zuvor in Wien für heftige Kontroversen zwischen den Grünen und der Burschenschaft Libertas gesorgt hatten. Rosenkranz war vom Grünen Parlamentsabgeordneten Karl Öllinger beschuldigt worden, er fördere als „Alter Herr“ dieser Burschenschaft die Aktivitäten von Neonazis.

Denn auf der Homepage dieser Burschenschaft war nachzulesen, dass man den Bund Freier Jugend (BFJ) mit einem Preis für „öffentlichkeitswirksame und volkstreuere Aktivitäten“ bedacht habe. Laut Öllinger handelt es sich beim BFJ um eine rechtsextreme Organisation, die wegen Aufbaus einer nationalsozialistischen Organisation angeklagt sei. Auf der Homepage dieser Burschenschaft meint man zu dieser Anklage wörtlich „Der BFJ sieht sich für seine volkstreuere Aktivitäten stärkster staatlicher Repression ausgesetzt.“

„Eine reine Diffamierung!“, konterte Rosenkranz. „Unsere Burschenschaft hat mit Neonazis nichts am Hut“. Wie glaubwürdig dies aus dem Mund eines FPÖ-Mandatars ist, möge jeder selbst entscheiden.

Den selben Preis wie der BFJ hat die Kremser JKM Rugia für ihre Budenrenovierung erhalten, diese ist jetzt laut Libertas Homepage „eine attraktive Alternative zum städtischen Jugendzentrum, das in unmittelbarer Nachbarschaft gelegen

ist, jedoch hauptsächlich von ausländischen Jugendlichen in Beschlag genommen wird.“

Wir fragen GR Rosenkranz, welche „volkstreuere Aktivitäten“ er damit in Krems fördert! Gibt es da eine Verbindung zu den Naziparolen, welche am 3. Februar als Transparent in Krems aufgehängt wurden und die

NÖN zum Titel „Gruß“ an die „Gauhauptstadt“ veranlasste. Herr GR Rosenkranz, sehen sie in dieser illegalen Transparentaktion „Südtirol bleibt Deutsch“ die noch vom Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung untersucht wird, auch eine von der Libertas zu fördernde „volkstreuere Aktivität“?

Bgm. Toms provoziert Eklat bei Gedenkfeier für Hadersdorfer Naziopfer!

Der langjährige ÖVP Bürgermeister Toms hat jahrelang ein Denkmal für die 61 in Hadersdorf ermordeten politischen Gefangenen verhindert. Ende 1945 waren die politischen Häftlinge wegen Nahrungsmittelmangel aus der Haftanstalt Stein offiziell entlassen worden. Am Weg nach Wien kamen sie nach Hadersdorf und wurden dort von einheimischen Nazis in einer regelrechten Hasenjagd erneut eingefangen und später unter deren Mithilfe von SS-Einheiten erschossen. Toms will offenbar jede Erinnerung an die Mitschuld angesehener Hadersdorfer Bürgerfamilien strikt unterbinden, um diesen politisch zu Willen zu sein. Auf Grund des immer größer werdenden öffentlichen Drucks sah er sich aber jetzt gezwungen eine Gedenktafel zu enthüllen. Er tat das aber in sehr kleinem Rahmen und nicht wie bei jedem Kriegerdenkmal selbstverständlich am Hauptplatz, sondern ganz versteckt am Ortsfriedhof.

Der von einem Nachkommen eines ermordeten Opfers gestaltete Text wurde durch Weglassung des Wortes „politische“ seitens Bgm. Toms so verändert, dass der Eindruck entstehen kann, es hätte sich bei diesen Naziopfern um gewöhnliche Verbrecher gehandelt. War dies politische Absicht? Bei den Nazis gab es ja die Auffassung, in politisch andersdenkenden Verbrecher gegen das deutsche Volk zu sehen. Bei seiner Ansprache faselte er dann auch noch von Aufarbeitung kommunistischer Verbrechen. Sollten die Opfer in ein kriminelles Eck gerückt werden? Es ist alte Nazitaktik, Opfer zu Tätern zu machen und aus Tätern Opfer!

Bgm. Toms, von der Mutter des Verfassers des Gedenktafeltextes wegen des Fehlens des Wortes „politische“ zur Rede gestellt, wurde grob und unhöflich und sorgte für einen richtigen Eklat. Unter den Angehörigen der Opfer und den 150 Teilnehmern an der zwei Stunden später auf dem Hauptplatz abgehaltenen würdigen Gedenkfeier, mit der ehemaligen Ministerin Dohnal sowie Madeleine Petrovic, Vbgm Resch, StR. Andreas Nastl, KLS-GR Kral und Schülern des BRG Ringstrasse, gab es große Empörung über die Entgleisungen von Bgm. Toms.

7. Juni – EU Wahl – und keiner geht hin?

Erschreckt entdeckten die Medien, dass nur 20% der Österreicher zur EU-Wahl gehen wollen.

Als Gründe geben viele im Interview an, dass man eh nichts ändern kann.

Verständlich, was haben denn unsere EU-Abgeordneten all die Jahre gemacht? Haben sie für ein demokratisches und soziales Europa der Menschen und gegen ein Europa als Werkzeug des Großkapitals gekämpft?

Keineswegs, weder von den ÖVP- und SPÖ-Mandataren, noch von den „EU-Rebellen“ Martin und FPÖ-Mölzer war ein Wort zur fortge-

setzten Blockade aller sozialen Verbesserungen zu hören. EU-weite soziale Mindeststandards fehlen im Vertrag von Lissabon gänzlich! Dafür werden neutralitätswidrige Aufrüstung und gemeinsame EU-Armee sowie neoliberale Wirtschaftsordnung in dieser EU-Verfassung festgeschrieben.

Wo bleibt die Verpflichtung unserer EU-Mandataren gegenüber der österreichischen Verfassung mit ihrer Neutralitätsverpflichtung?

Wo ziehen sie die Lehren aus dem Desaster des Neoliberalismus mit seiner aktuellen Weltwirtschaftskrise?

Die einzige zukunftsweisende Alternative bei der EU-Wahl im Juni ist eine Stärkung der Fraktion der Europäischen Linken im EU-Parlament in Straßburg.

Die Europäische Linke ist strikt gegen das derzeitige Europa als alleinige Interessensvertretung der multinationalen Konzerne, sondern für ein neues Europa des 21. Jahrhunderts, als ein Europa des Friedens, der sozialen Sicherheit, der Demokratie und Solidarität.

**Daher bei der EU-Wahl am 7. Juni
ihre Stimme für die
Kommunistische Partei Österreichs
– Europäische Linke (KPÖ)!**

Durch Ungerechtigkeit in die Krise

„Sehr, sehr ungerechtes System“ und die Neuordnung der Weltwirtschaft braucht fünf bis sechs Jahre. Die aktuelle Krise ist durch „ein Loch in der internationalen Regulierung“ mit verursacht worden, sagte der Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO) Pascal Lamy. Kurzfristig könnten die Regierungen deshalb nur mit Konjunkturprogrammen gegen die Krise kämpfen.

Kapitalismus „verbessern, korrigieren“ Der Kapitalismus habe sich als „sehr, sehr ungerechtes System“ erwiesen. Auch wenn es bisher keine glaubwürdige **Alternative** zum Kapitalismus gebe, heiße das nicht, dass nicht weiter nach einer **gesucht werden müsse**. „Man muss realistisch sein. **Alle Versuche, ihn grundlegend zu verändern, sind gescheitert**“, sagte Lamy, der Frankreichs Sozialistischer Partei angehört.

Es bleibe deshalb vorerst nur, „ihn zu verbessern, zu korrigieren und ihn zu meistern“. Das könne angesichts eines „globalisierten Kapitalismus“ nur durch ein weltweit abgestimmtes Vorgehen erfolgen.

Es war aber gerade die WTO gemeinsam mit Weltbank, Weltwährungsfonds und der privaten (!!!) US Notenbank (FED) die diese gigantische Ungerechtigkeit der Globali-

sierung durchgepeitscht hat. Verelendung, millionen Hungertote weltweit, bei uns Lohnstagnation, prekäre Arbeitsverhältnisse und ansteigende Armut, sind die brutalen Ergebnisse des Klassenkampfes der Superreichen und ihrer Großkonzerne gegen die Menschen in aller Welt. Der Antikommunismus war eine der Waffen des Großkapitals in diesem Kampf, mit dem jeder soziale Rückschritt, ja selbst jedes Verbrechen

(Vietnamkrieg, Chileputsch etc.) gerechtfertigt wurde.

Wir hoffen, dass bei der Suche nach einer Alternative zum Kapitalismus auch Karl Marx mit seiner grundlegenden Kapitalismuskritik im Werk „Das Kapital“ vom WTO-Chef berücksichtigt wird. Diese Analyse des Kapitalismus hat sich ja in den letzten Jahren in erschreckend brutaler Weise bewahrheitet. Marx hat schon um 1870 (!) dem Großkapital neben positivem dynamischem Fortschrittpotential den Heißhunger eines Werwolfs mit Gier nach Profit, Bestechung, Verrat und Niedertracht als systemimmanent zugeschrieben. Wie man heute sieht, nicht zu Unrecht.

Nobelpreisträger Thomas Mann bezeichnete den Antikommunismus als Grundtorheit des 20. Jahrhunderts. Trotzdem wurde er von den USA und Westeuropa als Waffe im Klassenkampf Reich gegen Arm nahtlos von den Nazis übernommen. Das Ergebnis, gigantischer Reichtum von Wenigen und neue Armut bei Vielen durch Sozialabbau, Arbeitsplatzverlust etc. kann man jetzt in dieser Krise selbst miterleben.

Sicher ist, dass es mit dem Brett des Antikommunismus vor dem Kopf auch in Zukunft keine gerechtere neue Weltwirtschaftsordnung geben wird!





„Das System ist krank“

ist die Überzeugung des bekannten Schweizer UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung, zu der Finanzkrise. Sie wurde ausgelöst von einem „pathologischen Kapitalismus“ der die Hungerkatastrophen in aller Welt zu verantworten hat.

Die neoliberale Wahnidee hat ausgedient, betont Jean Ziegler in seinen Vorträgen und Büchern.

Als hochrangigerer UN-Mitarbeiter ist er ständig mit dem Hunger in dieser Welt konfrontiert. Das grauenvolle Elend machte aus ihm einen scharfen Kritiker des Neoliberalismus und engagierten Kämpfer für mehr Gerechtigkeit.

Seiner Meinung nach wird es in den Industriestaaten großes Leid geben. Betriebe werden zusperren, die Ar-

beitslosigkeit wird massiv steigen, die Steuern werden hinauf gehen. In den USA verlieren jetzt schon 10.000 Menschen täglich ihre Wohnung. Für die armen Länder gibt jetzt nicht einmal genug Finanzmittel für die Akut-Hungerhilfe. Die Leichenberge werden fürchterlich wachsen. Dabei könnte die Welt zwölf Milliarden Menschen ernähren.

Mit seinen pointiert formulierten Elendsschilderungen und der Nennung der Verantwortlichen in seinen Büchern (z. B.: „Das Imperium der Schande“) rüttelt er die Menschen in aller Welt auf. Auch die Zuhörer in Krems konnten die schockierenden Fakten seines Vortrages nicht fassen.



UN Berichterstatte Jean Ziegler mit Mag. Mahrer nach seinem Vortrag in Krems

Aussagen von Jean Ziegler

Derzeit verhungert alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren. Darum sage ich: Ein Kind, das heutzutage an Hunger stirbt, das wird ermordet. „Der einzige Motor wirtschaftlicher Tätigkeit ist derzeit individuelle Gier bei gleichzeitiger Verachtung der Gesellschaft. Außerdem ist es ein unhaltbarer Zustand, dass die 500 größten multinationalen Konzerne 52 Prozent des Welt-Bruttosozialproduktes erwirtschaften beziehungsweise kontrollieren. Die haben heute eine Macht, wie sie nie ein Kaiser oder König in der Geschichte der Menschheit gehabt hat. Ich bezeichne diese Super-Multis als Weltiktatoren, die sich jeder UN- oder nationalstaatlicher Kontrolle entziehen.“

Baumschlägerungen beim Generationenhaus heiß umstritten!

Kremser Altstadtfreunde protestieren mit einem offenen Brief gegen den Kahlschlag an der Ringstrasse vor dem Generationenhaus.

In dem Brief wird beklagt, dass von den ca. 10 Bäumen, die vor Baubeginn diesen Teil der Ringstrasse zierten, nur ein „Baumskelett“ übrig geblieben ist. Die ersten Bäume mussten den Bauarbeiten und der damit verbundenen konzentrierten Bauplatznutzung weichen. Der Rest wurde überfallsartig abgesägt. Nur ein Baumstumpf zeigte aber einen vermorschten Kern! Ein privates Gespräch zu diesem Thema mit einem bekannten Kremser, der selbst gerichtlich beeideter Sachverständiger

für Wald-/Forstwirtschaft ist, hat bestätigt, dass nur der eine Baum hätte gefällt werden müssen, und er hatte sich die Baumstrünke sehr wohl angesehen!

Das Breittreten der Aktion „Gesundheits-Check für Kremser Bäume“ im Kremser Stadtjournal ist wohl Flucht nach vorne von Rinke und Co. ob der massiven Bürgerkritik. Aber auch sie können nicht erklären, wieso gerade an dieser Stelle 5 Bäume hintereinander krank sein sollten während beim restlichen Kremser Baumbestand nur ganz vereinzelt solche Schäden anfallen. Wie die durchwegs gesunden Stämme der 4 Bäume eine Gefährdung darstellen

sollten, konnten die Kremser Bürger auch nach diesem Artikel nicht so richtig glauben!

Der Protest von KLS-GR Kral im Gemeinderat wurde in gewohnter Machtdemonstration von ÖVP und SPÖ wieder nach dem Motto „schon wieder dagegen“ abgekanzelt, obwohl er vielen Bürgern aus der Seele sprach und auch Fachleute sich kritisch äußerten. Aber wenn es um Macht geht fragen VP und SP halt die Fachleute, von denen sie die „richtige“ Antwort bekommen. Sachverständige schreiben ihre Gutachten ja immer für einen Auftraggeber und „Wer zahlt, schafft an“ sagt ja schon der Volksmund!

Armut in Österreich = Armutszugnis für Österreich!



Erwin Stingl Spitzenkandidat des GLB-NÖ

Laut Armuts-/Reichtumsbericht leben in Österreich etwa 1 Million Menschen unter der Armutsgrenze von 893 Euro bei Einpersonenhaushalten. Nicht ganz ein Viertel dieser Menschen steht dabei im Berufsleben, das heißt im wahrsten Sinne des Wortes, diese Menschen haben kein Auskommen mit ihrem Einkommen.

Dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander klafft, belegt eine Zahl in diesem Ar-

mut-/Reichtumsbericht klar. Während also 1 Million Österarme unter der Armutsgrenze liegen, dabei die Zahl derer, die trotz Einkommens unter dieser Grenze leben müssen, auf 230.000 gestiegen ist - das sind immerhin 12% seit 2003, wurde das Geldvermögen in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt (2,155 Milliarden Euro). Davon haben allerdings nur einige wenige sehr viel.

Des Weiteren ist bemerkenswert, dass sich nur noch 57% der Beschäftigten ganzjährig in Vollzeitbeschäftigung befinden. Dass es nach wie vor erhebliche Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern gibt ist inzwischen ja weitgehend bekannt, weniger bekannt ist, was dagegen getan wird. Die Betroffenen wissen es: So gut wie gar nichts.

Während es also für Österarm seit Jahren nur Alibihandlungen und Lippenbekenntnisse gibt, sieht die Lage für Österreich etwas anders aus.

Erinnern wir uns noch an die Bankenkrise? Binnen kürzester Zeit war unsere Regierung in der Lage, finanzielle Unterstützung und Garantien abzugeben.

Erinnern wir uns an die Krise in der Automobilbranche? Binnen kür-

zester Zeit war die Regierung in der Lage, eine „Schrottrprämie“ zu beschließen. Österarm wird's freuen, alle die unter der Armutsgrenze leben, werden sich jetzt ein nigelnagelneues Auto kaufen um in den Genuss dieser 1500 Euro zu kommen.

Erinnern wir uns noch an die Energiepreise? Irgendwann zum Ende des vorigen Jahres war da doch was mit Energieversorgern. Ach ja, da hat zum Beispiel die EVN ihre Preise um die Kleinigkeit von 28% erhöht. Nach einigem Hin und Her wurde eine Senkung von insgesamt 18% in zwei Schritten großartig angekündigt. Dabei bleiben allerdings unterm Strich immer noch 10% Erhöhung. Dies wurde wohl versehentlich vergessen zu erwähnen. Geniestreich oder Kundenverhöhnung war danach eigentlich nur, dass die EVN Briefchen an ihre Kunden verschickte, in denen sie diese großartige „Preisreduktion“ als kundenfreundlich darstellte. Im Sport würde es dafür zumindest eine Verwarnung wegen Verhöhnung des Gegners geben.

Erinnern wir uns noch an irgendwann vor langer Zeit? Da war doch mal die Rede von Mindestsicherung für alle.

Erwin Stingl

Die weltweite Krise des Kapitalismus

Öffentliche Verteilung von Nahrungsmitteln in den USA

In der amerikanischen Kleinstadt Elkhart haben sich rund 1.600 Familien angestellt, um bei einer öffentlichen Verteilung von Nahrungsmitteln Pakete mit Nudeln, Käse und verschiedenen Konservendosen abzuholen.

13 Lastwagen brachten Lebensmittel im Wert von 2,1 Millionen Dollar in die im Norden von Indiana gelegene Stadt. Die 52.000 Einwohner zählende Gemeinde hat eine Ar-

beitslosigkeit von 18,3 Prozent. Sie wurde wegen ihrer wirtschaftlich prekären Lage kürzlich auch von US-Präsident Barack Obama besucht. Elkhart ist die zweite Stadt, in der die Organisation Feed the Children eine öffentliche Verteilung von Nahrungsmitteln organisiert hat.

(ORF Online 11.3.09)

Ob dass der viel zitierte amerikanische Traum ist?





Demokratie in NÖ?

In der Austria Presseagentur Meldung OTS 0073 vom 25.3. d.J. kritisiert der ehemalige ÖVP/ÖAAB Funktionär Dirnberger das Demokratieverständnis unseres obersten Landesschwarzen. Daraus einige Auszüge: „Die Unterdrückung der Opposition perfektionieren - dazu kann Russlands Premier Wladimir Putin nach St. Pölten kommen und sich informieren wie das geht“, kommentiert heute Alfred Dirnberger.

Bei den Zentralpersonalvertretungswahlen im schwarzen Kernland Niederösterreich „Da wurden andere Wahlwerber als der ÖAAB-Beamten- und Lehrerbund für die Zentralpersonalvertretung nicht zu-

gelassen. Das wurde von den verantwortlichen Politikkommissaren - die übrigens nahezu alle dem ÖAAB angehören - mit perfiden Argumenten begründet. Deren Hinweis auf gesetzliche Vorschriften, wonach offen deklarierte Unterstützungssunterschriften notwendig sind, ist an Zynismus kaum zu übertreffen, berichten doch solche Unterstützer immer wieder von Druck, der dann auf sie ausgeübt wird. Während bei Unterstützungserklärungen im Falle von Betriebsratswahlen in privaten Unternehmen in der Regel vom Dienstgeber keinerlei politischer Druck ausgeht, sind im NÖ Landesdienst Dienstgeber und politische

Partei eng verwoben“. Dirnberger fordert als Sofortmaßnahme von Landeshauptmann Pröll gesetzliche Klarstellungen. Künftig darf im Interesse einer sauberen Demokratie, der ÖAAB -Lehrer- und Beamtenbund die Wahlkommission nicht derart beherrschen, dass anderen die Kandidatur unmöglich gemacht wird.

Dem Treiben des ÖAAB-Lehrer- und Beamtenbundes sei im Hinblick auf eine dringend notwendige Weiterentwicklung der Demokratie Einhalt zu gebieten, fordert Dirnberger endlich echte Demokratie im Reich Erwin Prölls.

Ja, jetzt merken selbst ehemalige Schwarze wie es um die hoch gelobte Meinungsfreiheit bei uns steht – wir als Linke erleben das schon lange!

Überlegenes Wirtschaftssystem oder Spekulationsblase?

Die letzten Monate haben die nach dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“ am Anfang der 90er Jahre so laut verkündete Überlegenheit des Kapitalismus platzen lassen. Uns allen hatte man drei Jahrzehnte lang vorgegaukelt, statt mit realer Produktion allein mit Finanzdienstleistungen Reichtum schaffen zu können. Doch plötzlich sind mit dramatisch zunehmender Geschwindigkeit nach den US-Immobilienbanken weltweit auch andere Investmenthäuser und Banken zusammengebrochen sowie riesige Betrugsgeschäfte aufgefliegen. Der Immobilienkrise folgte die Finanzkrise und jetzt die Weltwirtschaftskrise mit enorm steigender Arbeitslosigkeit. Die „Überlegenheit“ hat sich endgültig als reine Schulden- und Spekulationsblase entpuppt.

Auch in unserem Land verloren zehntausende Bürger enorme Beträge, die sie als Vorsorge und Notgroschen in diversen Fonds oder Pensionskassen angelegt hatten. In Niederösterreich wurden durch VP-Finanzlandesrat Sobotka veranlagte Wohnbaumilliarden ein Opfer der geplatzten Spekulationsblase, und zahlreiche Gemeinden (z.B. Hofamt Priel, Perchtoldsdorf, Mautern oder Bad Vöslau) verspekulierten ebenfalls enorme Summen an Steuergeld. In

Krems ist KLS-GR Kral von Anfang an konsequent gegen ein Cross-Border-Leasing des städtischen Kanalsystems aufgetreten; da auch die SPÖ dagegen war, wurde dieses Vorhaben ad acta gelegt. Andernfalls wäre wohl der Bankrott unserer Stadt perfekt gewesen!

Jetzt werden 100 Milliarden an Steuergeld in die Wirtschaft gepumpt, aber eine vernünftige Beteiligung oder Mitbestimmung des Staates an den geretteten Banken und Betrieben gibt es nicht, auch keinen Ausbau der Sozialhilfen. Man würde ja dem ÖVP-Dogma „Mehr privat, weniger Staat“ untreu werden. Dies, obwohl die aktuelle Krisensituation beweist, wie falsch dieses Dogma ist. Daher bleibt zu befürchten, dass die Devise der SP/VP-Regierung weiterhin sein wird: „Verluste trägt der Steuerzahler, Gewinne bleiben bei den Reichen.“

Die Krise muss endlich zu einem Umdenken in der Politik führen, nicht nur zu zaghafter Kritik in einigen SP-Gehirnen. Neoliberale Politik ist als geplatztes Wunschdenken mit enormem Betrugspotential ein für alle Mal fallen zu lassen. Es ist die Pflicht der Regierung, das Wohl und die Rechte der Bürger durch Regulierung und Kontrolle der Märkte zu schützen. Es ist nicht Regierungsaufgabe,

die Vermehrung des Reichtums einiger weniger zu beschleunigen.

Als KPÖ verlangen wir von der neuen Bundesregierung, dass als Gegenleistung für die staatlichen Milliardenhilfen von den Empfängerbetrieben Eigentumsanteile und Mitspracherechte an die öffentliche Hand übertragen werden müssen! Ebenfalls ist die geplante Mindestsicherung sofort umzusetzen um der mit der Krise steigenden Armutsgefährdung etwas entgegenzuwirken.

Bei der Arbeiterkammerwahl vom 5. bis 18. Mai haben die Wähler die Möglichkeit, durch ihre Stimme für den Gewerkschaftlichen Linksbund (GLB) dem laufenden Abbau der Arbeitnehmerrechte massiv entgegen zu treten.





KULTUR MITTE
3500 KREMS - OBERE LANDSTRASSE 8

Jubiläumsausstellung ART-Krems

Kultur Mitte präsentierte Kremser Künstlerinnen und Künstler

Aus Anlass des 15-jährigen Bestehens lud der Verein KULTUR MITTE über 40 Kunstschaaffende ein, sich an einer Jubiläumsausstellung zu beteiligen, 30 sagten zu. Der überparteiliche Verein und seine vielfältigen Aktivitäten sind mittlerweile ein fester Bestandteil des Kremser Kulturlebens, der Name bedeutet Standort und Programm gleicherweise: In der Mitte der Fußgängerzone bemühen sich Gründungs- und Langzeitobmann Franz Kral und seine MitstreiterInnen auch um eine ausgewogene Balance zwischen Tradition und Modernität, Hobbykunst und höchster Professionalität.

Die Zwischenbilanz ist eindrucksvoll. „Seit 1994 haben wir 82 Ausstellungen mit über 130 KünstlerInnen und 18 Lesungen mit 31 LiteratInnen, weiters Filmabende, Kurse, Musik- und Kabarettabende und anderes mehr organisiert“ resümiert Kral.

Entsprechend dem Schwerpunkt der KULTUR MITTE wird die Jubiläumsausstellung ausschließlich von KünstlerInnen beschickt, die in der Stadt Krems ihre Wirkungsstätte haben. Während der Ausstellungsdauer gibt es einige Begleitveranstaltungen und Highlights. Bei der Eröffnung am 3. April durch Bgm. Inge Rinke sprach der Direktor des NÖ. Landesmuseums, Mag. Carl Aigner und trat ein „Feuermaler“ in Aktion, am 8. folgte eine Lesung mit B. Wiedl und G. Windisch, am 25. April fand ein großes Fest statt, bei dem im Rahmen einer Tombola Werke der ausstellenden KünstlerInnen verlost wurden und Gelegenheit war, dem bekannten Zeichner, Maler und Schriftsteller Reiner Tiefenbacher beim Porträtieren über die Schulter zu schauen.

Am 5. Juni ist die Ausstellungs-eröffnung von Mag. art Elisabeth Rubik, einer Modernen der besonderen Art, und am Freitag, den 19. Juni stellt Martin Lichtenwallner sein neues Unterhaltungsprogramm erstmals vor.

Herzlichen Dank allen Besuchern, die uns jahrelang mit ihrem Besuch die Treue hielten und auf ein Wiedersehen bei den kommenden Veranstaltungen.

*Für den Vorstand
der Kultur Mitte-Krems
GR Franz Kral*

ART- Krems – Ausstellende Künstlerinnen und Künstler

*Adamowicz Editha • Benesch Eva Christine • Biedermann Günter
Blaha Wolfgang • Blauensteiner Dalia • Dobner Johannes
Emmelmann Stefan • Freilingner Hans • Gerhart Maria
Harrauer Wolfgang – „Joe Damar“ • Hochstätger Karl
Kastner Christine • Kötterl Johann
Krakhofer-Weissenbeck Susanne • Kremser Gregor
Kres Erich • Kudjelka Wolfgang • Kurzmann Dietmar
Pernerstorfer Willi • Platzer Martha • Ruby Ilse • Ruzicka Margit
Schmalzhofer Adolf • Schöber Herwig • Sengseis Jochen
Steininger Gertrude • Wallner Elke • Wilfert Elke
Zahl Willibald • Zieringer Franz – FAZ*

